

Luckenwalde, den 17.02.2017

Änderungsantrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zur Vorlage Nr. 5-3077/17-IV - Stellungnahme des Landkreises Teltow-Fläming zur Verwaltungsstrukturreform des Landes Brandenburg

Der Kreistag möge beschließen:

Die Stellungnahme des Landkreises Teltow-Fläming zum Referentenentwurf wird im Resümee in den Stichpunkten wie folgt geändert.

Im zweiten Stichpunkt werden die Worte *„soll eine Neuordnung der Landkreisebenen erfolgen“* gestrichen und durch folgenden Halbsatz ergänzt und fortgeführt werden. *„kommt eine zwangsweise Neuordnung der Landkreisebene nicht in Betracht. Die Landkreise müssen vielmehr die Möglichkeiten erhalten, sich entweder freiwillig unter angemessenen Bedingungen zusammenzuschließen oder bei der verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit durch das Land gefördert zu werden. In diesem Zusammenhang muss dann auch über die funktionale Übertragung von Aufgaben der Landesebene auf die Landkreise und kreisfreien Städte entschieden werden.“*

Der geänderte Stichpunkt im Resümee lautet nach der Änderung.

- Zum Erhalt und zur Stärkung einer leistungsfähigen Verwaltung und der kommunalen Selbstverwaltung *kommt eine zwangsweise Neuordnung der Landkreisebene nicht in Betracht. Die Landkreise müssen vielmehr die Möglichkeiten erhalten, sich entweder freiwillig unter angemessenen Bedingungen zusammenzuschließen oder bei der verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit durch das Land gefördert zu werden. In diesem Zusammenhang muss dann auch über die funktionale Übertragung von Aufgaben der Landesebene auf die Landkreise und kreisfreien Städte entschieden werden.*

Begründung:

Am 14.2.2017 wurden 129.464 Unterschriften der Volksinitiative „ Kreisreform stoppen“ an die Landtagspräsidentin übergeben.

Dieser gesammelte Protest zeigt - die Brandenburger wollen keine Zwangsfusion ihrer Landkreise und kreisfreien Städte. Sie wollen ein Land, das sich weiter entwickelt, wo der Staat in jeder Region für die Menschen da ist.

In den geplanten riesigen Großkreisen wird Politik bürgerferner, der Weg zu Arbeitsplätzen und Behörden länger und mehrere Hundert Millionen Euro werden für Anpassungskosten verbrannt, obwohl es keine Einspareffekte gibt.

Heimatgefühl und regionale Identitäten werden zerstört. Es geht hier eben nicht nur um ein reines Verwaltungsthema, sondern trifft das Herz und das Lebensgefühl der Brandenburger.

gez. Danny Eichelbaum
Fraktionsvorsitzender